

23. Februar 2007, 16:11, NZZ Online

Die SP fordert Nachhaltigkeit

Energiesparen und CO₂-Abgabe statt neue Atomkraftwerke

Die SP will nach dem Bekenntnis des Bundesrates zur Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien Taten sehen. In einem 10-Punkte-Programm forderte die Partei unter anderem den sofortigen Minergie-Standard für Neubauten, den Ersatz aller Öl- und Gasheizungen oder die CO₂-Abgabe auf Treibstoffen.

(ap) SP-Fraktionspräsidentin Ursula Wyss zeigte sich vor den Medien in Bern überzeugt, dass der Entscheid des Bundesrates zur Atomenergie realpolitisch ohne Folgen bleiben werde.

«Die Mehrheit der Schweizer will keine neuen AKW, sondern will Taten statt Worte für eine verbesserte Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien», so Wyss. In der Frühjahressession im März habe das Parlament die Möglichkeit, sofortige Entscheide für eine nachhaltige Energiepolitik zu treffen.

Strom künftig aus dem Ausland

Wyss appellierte an CVP und FDP, ihre ökologischen Wahlversprechen einzuhalten. Der Basler Nationalrat Rudolf Rechsteiner warf der Atomlobby vor, die Fakten zu vertuschen. Der Slogan «Ohne Atomkraftwerke gehen die Lichter aus» sei ein - allerdings nicht ganz neuer - Erpressungsversuch.

Auch von einer Stromlücke zu reden sei absurd, da die Schweiz ab 2008 zu 100 Prozent im offenen europäischen Strommarkt integriert sei. Würden bei Stromknappheit die Preise steigen, stünden im Ausland Tausende von Anbietern bereit, die noch so gerne exportieren würden.

Kühne Aussagen zur Windenergie

Es werde keine nukleare Renaissance geben, sagte der Basler Nationalrat Ruedi Rechsteiner. In der Nord- und Ostsee entstünden Windfarmen mit einer Leistung von «mehr als 100 Gösgen». Von einer Stromlücke zu sprechen, sei absurd.

Vom Ersatz sämtlicher Öl- und Gasheizungen durch Hybridheizungen, Wärmepumpen oder anderen erneuerbaren Energien verspricht sich die SP Einsparungen der CO₂-Emissionen von 70 Prozent. Auch im Gebäude-Bereich besteht aus Sicht der SP Handlungsbedarf. Sie fordert für Neubauten ab sofort Minergie-Standard sowie die Schaffung von Anreizen und Vorschriften für die energetische Sanierung von Gebäuden.

CO₂-Abgabe soll Ausstoss verringern

Nach Meinung des Waadtländer Nationalrates Roger Nordmann sollte die CO₂-Abgabe auch auf Treibstoffen erhoben werden. 70 Franken pro Tonne CO₂ würde den Liter Benzin um 16 Rappen verteuern. Dies würde den Ausstoss des Treibhausgases um 2 Millionen Tonnen pro Jahr reduzieren.

Weiter müsse ein Bonus-Malus-System beim Import von Autos realisiert und die Motorfahrzeugsteuer in Abhängigkeit der Emissionen pro Kilometer gestaltet werden. Ihren Forderungen Nachdruck verleihen will die SP unter anderem mit einer Klimainitiative, die sie zusammen mit den Grünen und Umweltverbänden im März vorstellen will.

Mehr zum Thema:

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2007/02/23/il/newzzEYIQC29F-12.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG